

**STELLUNGNAHME (BOREALIS)
zum Entwurf der Regelungen
des Gas-Marktmodells**

Sehr geehrter Hr. Mag. Schmöltzer!

Sehr geehrter Hr. Mag. Krug!

Wir möchten uns für die Möglichkeit der Stellungnahme seitens der E-Control bedanken und im Allgemeinen darauf aufmerksam machen, dass Borealis das Gesamtpaket der Umsetzung des GWG 2011 erst mit den SNT 2013 endgültig beurteilen kann. Erst zu diesem Zeitpunkt wird es möglich sein die Kostenneutralität bzw. gesteigerte Kosteneffizienz festzustellen.

Die Borealis Agrolinz Melamine ist mit nahezu 6% des österreichischen Gasverbrauches einer der größten industriellen Gasverbraucher und hat grundlegendes Interesse an einem liberalisierten offenen europäischen Binnenmarkt. Künstliche Barrieren in der Erdgasversorgung die zu höheren Kosten beim Industriekunden führen sind abzubauen. Mit dem gegenständlichen Entwurf der Marktregeln 2012 wird die Grundlage für einen europäischen Binnenmarkt geschaffen. Dass dabei ein Rückschritt im Bereich der effizienten Gasnetzbewirtschaften vorgesehen ist (Stichwort Tagesbilanzierung, Strukturierungsbeitrag) wird in der nachfolgenden detaillierten Stellungnahme noch im Detail kritisiert.

Zu den Anmerkungen im Detail:

Im §18 (6) wird festgeschrieben, dass für Netzbenutzer mit einer vertraglich vereinbarten Höchstleistung von mehr als 50.000 kWh/h je Ein- oder Ausspeise- bzw. Zählpunkt eine Stunde als Bilanzierungsperiode gilt.

Aus Sicht der Borealis ist die Berücksichtigung der Stundenbilanzierung für Großverbraucher eine wichtige Beibehaltung der derzeitige Situation und somit zu begrüßen..

Die verpflichtende Tagesbilanzierung für alle Netzbenutzer unter 50.000 kWh/h bedeutet einen systematischen Rückschritt für den Gasnetzbetrieb und führt zu unnötige Verteuerungen für alle Gaskunden!

Eine freiwillige Wahlmöglichkeit für Stunden- oder Tagesbilanzierung für LPZ-Kunden unterhalb der vorgegebenen Grenze wäre vorteilhaft.

Zu §22 (1): Der Bilanzgruppenverantwortliche leistet den Strukturierungsbeitrag gemäß § 26 gegenüber dem Marktgebietsmanager sowie die Ausgleichsenergiekosten gemäß § 32 und das Clearingentgelt gemäß § 89 GWG 2011 gegenüber dem Bilanzgruppenkoordinator und die Transaktionskosten des Betreibers des Virtuellen Handelpunktes auf Basis der genehmigten Allgemeinen Bedingungen gemäß § 31 Abs. 3 GWG 2011 gegenüber dem Betreiber des Virtuellen Handelpunktes für alle Bilanzgruppenmitglieder und verrechnet diese den Bilanzgruppenmitgliedern weiter.

Dabei handelt es sich um eine weitere Kostensteigerung für die Endverbraucher. Aus dem gesamten Entwurf wird nicht ersichtlich ob diese Zusatzkosten im Rahmen der nächsten SNT-VO 2013 kostenneutral abgebildet werden!

(2): Die Art der Weiterverrechnung dieser Entgelte und Gebühren werden zwischen dem Bilanzgruppenverantwortlichen und dem unmittelbaren Bilanzgruppenmitglied vereinbart. Eine Schlechterstellung einzelner Mitglieder gegenüber anderen Mitgliedern der Bilanzgruppe ist unzulässig. Dies gilt auch für zugewiesene Mitglieder.

*Aus Sicht der Borealis ist nicht ersichtlich wie die **Überwachung** der potenziellen **Slechterstellung** erfolgen soll. Nachschärfungen seitens des Regulators oder überhaupt eine **einheitliche Vorgehensweise** je Bilanzgruppen sind für eine missbräuchliche Verrechnung des Strukturierungsbeitrages unbedingt erforderlich. Denkbar wäre eine Regelung, dass SLP-Kunden durch die Tagesbilanzierung einen wesentlich höheren Strukturierungsaufwand auf der FL-Ebene erzeugen als LPZ-Kunden. **Der Regulator soll mit einer entsprechenden Formulierung sicherstellen, dass der Strukturierungsbeitrag verursachergerecht und nur für die Energie die tatsächlich für die Strukturierung gebraucht wurde zu verrechnen ist. Sonst droht eine pauschalierte Verrechnung vom Maximalbetrag 0,4 Cent/kWh (entspr. § 26 (6)) und entsprechende Windfall-Profits für die BGVs!***

§ 23 (1). Voraussetzung für die Nominierung oder die Fahrplananmeldung von Gasmengen an Ein- oder Ausspeisepunkten im Marktgebiet ist die Zuordnung der an diesen Punkten gebuchten Kapazitäten zu Bilanzgruppen. Die Kapazitäten an Ein- und Ausspeisepunkten an den Marktgebietsgrenzen werden vom Netzbenutzer gegenüber dem Netzbetreiber auf Grundlage des zwischen diesen abgeschlossenen Ein- bzw. Ausspeisevertrages unter Angabe der Identifikationsnummer der Bilanzgruppe zugeordnet. Der Netzbenutzer kann gebuchte Kapazitäten ihrer Höhe nach aufteilen und diese Teile unterschiedlichen Bilanzgruppen zuordnen. Der Netzbenutzer muss Bilanzgruppenverantwortlicher oder unmittelbares Bilanzgruppenmitglied jener Bilanzgruppe gemäß § 20 Abs. 2 sein, der er Kapazität zuordnet.

*Borealis kritisiert, dass im § 23 **nicht geregelt** wird wie die **Überführung der Kapazitäten**, die derzeit in den Netzverträgen mit den Netznutzern definiert sind, auf die Bilanzgruppen geplant ist.*

§ 26 (6) Der Marktgebietsmanager hat von den Bilanzgruppenverantwortlichen einen Strukturierungsbeitrag für die untätige Strukturierung der stündlichen Unausgeglichheiten zwischen Ein- und Ausspeisung je Bilanzgruppe einzuheben. Die Bemessungsgrundlage dieses Strukturierungsbeitrages stellen die Kosten der untätigen Strukturierung gemäß Abs. 7 dar. Der Marktgebietsmanager berechnet den Strukturierungsbeitrag mindestens jährlich neu auf der Basis der im Vorjahr zum Ausgleich von Stundenabweichungen abgerufenen Energie und der dafür angefallenen Kosten. Die Berechnung und der festgelegte Strukturierungsbeitrag sind der Regulierungsbehörde anzuzeigen und auf der Online-Plattform zu veröffentlichen. Per 1. Jänner 2013 wird dieser Strukturierungsbeitrag mit maximal 0,4 Cent/kWh festgelegt. Der Marktgebietsmanager hat der Regulierungsbehörde jährlich ein Bericht über das Ausmaß der Beschaffung von untätigen Strukturierungsmaßnahmen zur Erfüllung der netztechnischen Anforderungen zu übermitteln. Die Abrechnung des Strukturierungsbeitrags ist monatlich binnen fünf Arbeitstagen nach dem jeweiligen Abrechnungsmonat durchzuführen.

*Der maximale Betrag von **4 €/MWh ist extrem teuer** – entspricht derzeit ca. **15% Aufschlag auf den Spot-Preis** und führt zu einer **massiven Verteuerung** des Gasbezuges und somit zu **dramatischen Wettbewerbsnachteilen** gegenüber internationalen Mitbewerbern und entspricht in unserem Unternehmen zusätzlichen Kosten v. ca. 22 Mio. €! Solche zusätzlichen Sozialisierungskosten werden aufgrund*

des systematischen Rückschritts zur Tagesbilanzierung forciert und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie und anderen Großabnehmern, nachhaltig! Aufgrund der fehlenden Klarstellungen zur Weiterverrechnung des Strukturierungsbeitrages gemäß § 22(1) ist davon auszugehen, dass die BGVs einheitlich den Maximalwert verrechnen werden.

*Darüber hinaus **ist die verursachergerechte Verrechnung** (wie in den Anmerkungen zu §22 (1) beschrieben) bei der Berechnung des Strukturierungsbeitrages **vollständig offen gelassen!** Die energieintensive Industrie wird in dem Entwurf der Marktregeln systematisch für jene Kosten aufkommen müssen, die die Kleinverbraucher erzeugen. Diese Belastungen sind unzumutbar und führen langfristig zu höheren Systemkosten als im restlichen EU-Binnenmarkt.*

§ 32 (2f) Für die Ausgleichsenergieabrechnung der Endverbraucher gemäß § 18 Abs. 6 wird ein mengengewichteter Durchschnittspreis je Stunde auf Basis der Abrufe des Verteilergebietsmanagers von der Erdgasbörse am Virtuellen Handelspunkt und von der Merit Order List ermittelt. Sollten keine Abrufe vom Verteilergebietsmanager getätigt werden, so wird der am laufenden Tag an der Erdgasbörse am Virtuellen Handelspunkt verfügbare Börsenpreis als Ausgleichsenergiepreis herangezogen. Sollte an diesem Tag an der Erdgasbörse des Virtuellen Handelspunktes kein Preis zustande kommen, wird der zuletzt verfügbare stündliche Ausgleichsenergiepreis verwendet.

(3) Die Ausgleichsenergiepreise für Endverbraucher gemäß § 18 Abs. 5 berechnen sich nach den jeweiligen Ausgleichsenergieabrufen des Verteilergebietsmanagers an der Erdgasbörse am Virtuellen Handelspunkt und nach den Ausgleichsenergieabrufen des Verteilergebietsmanagers von der Merit Order List. Es werden jeweils der höchste Einkaufspreis bei Abrufen in Bezugsrichtung und der niedrigste Verkaufspreis bei Abrufen in Lieferrichtung (Grenzpreise) herangezogen. Falls keine Abrufe vom Verteilergebietsmanager getätigt wurden, kommen die jeweiligen Grenzpreise des Vortages zur Anwendung.

*Die Auswirkung des Preisgestaltungsmodells ist aus jetziger Sicht noch nicht klar nachvollziehbar, da die Produkte am VHP noch nicht definiert sind. Insbesondere wenn **keine ausreichende Liquidität** auf den verschiedenen Märkten vorhanden ist, müssen entsprechende **alternative Modelle** für die Gestaltung der AE angewendet werden. Diese fehlen im gegenständlichen Entwurf sind aber aus Sicht Borealis für die kostengünstige Preisgestaltung der Ausgleichsenergie dringend erforderlich!*

*Borealis **begrüßt**, dass **keine verpflichtende Pönale** zwischen Über- und Unternominierung vorgesehen ist.*

§ 32 (6)

Sollte sich aus der Ausgleichsenergieverrechnung des Bilanzgruppenkoordinators eine Unter- oder Überdeckung ergeben, so wird diese über das Jahr verteilt mittels einer verbrauchsabhängigen Umlage an die Bilanzgruppenverantwortlichen weiterverrechnet. Die Umlage wird ein Bestandteil der Ausgleichsenergieverrechnung und ist in Cent/kWh auszuweisen. Zum 1. Jänner 2013 wird diese Umlage 0,02 Cent/kWh betragen und ist nach drei Monaten per 1. April 2013 vom Bilanzgruppenkoordinator neu festzusetzen. Danach erfolgt die Festsetzung durch den Bilanzgruppenkoordinator jährlich, auf Basis der Bestimmungen in den Allgemeinen Bedingungen des Bilanzgruppenkoordinators.

*Im Text fehlt die differenzierte Betrachtung der Verrechnung der AE für LPZ- und SLP-Kunden! Die **Wälzung der Kosten für AE auf Endverbraucher mit Stundenbilanzierung** aufgrund deren exakter und spezifischeren AE-Abrechnung*

nach dem Verursacherprinzip nicht gerechtfertigt wird damit **vehement abgelehnt**.

Borealis als **klassischer Bandbezieher** und LPZ-Kunde ohne nennenswerte Tagesschwankungen verursacht nicht die **ausufernden Ausgleichsenergiekosten** und **lehnt** daher die **Sozialisierung** der Ausgleichsenergiekosten von den Kleinverbrauchern zu den industriellen Großverbrauchen **dezidiert ab**.

Die Industrie kann die fremdverursachten Schwankungen nicht ausgleichen und muss im gegenständlichen Entwurf aber durch die wesentlich höheren Bezugsmengen die Ausgleichsenergiekosten überproportional mitzahlen.

Weiters würde ein sehr genau nominierender Industrie-Bandbezieher hier für einen anderen Abnehmer mit stark schwankendem Abnahmeprofil ungerechtfertigter Weise für dessen Ausgleichsenergie mitzahlen müssen, da es aus Sicht des Industriegaskunden völlig willkürlich ist, mit welcher Abnehmerstruktur eine BG zusammengesetzt ist, in die er integriert wird.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer Anmerkungen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Borealis Agrolinz Melamine GmbH

Dr. Haralabos Poultidis